



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium

Sozialausschuss

Sitzungsort

Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm

Datum

18.10.2017

Beginn

17:00 Uhr

Ende

18:45 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Christoforidou, Elissavet
Kick, Rosemarie

Ratsmitglied als Vertreter

Schier, Klaus Peter

Vertretung für Herrn Wapenhans

Mitglieder

Kampschulte, Matthias
Steuernagel, Rolf
Placke, Sabine
Garn, Elke

Vorsitzender

Thier, Heinz Georg

stellv. Vorsitzende

Lubitz, Eleonore

anwesend ab 17:05

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Schweinsberg, Ralf
Stippel-Fluit, Sabine

Schriftführer/in

Engelbracht, Sabine

Abwesend:

Mitglieder

Poschmann, Jan
Tacke, Jutta

beratende Sitzungsteilnehmer/innen

Gouderi, Vassiliki

stellv. Vorsitzender

Wapenhans, Detlef

Vertreten durch Herrn Schier

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.06.2017
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Jobcenter EN -Allgemeine Entwicklung - Mündlicher Bericht durch Herrn Dürwald (Anlage Eingliederungsbericht u. Zusammenfassung f. Schwelm)
- 7 Aktuelle Entwicklung im Asylbereich 124/2017
- 8 Bestellung von ehrenamtlichen Sozialpfleger/innen 151/2017
- 9 Beratung Etatentwurf 2018 152/2017
- 10 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Der Vorsitzende, Herr Thier, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest, dass der Sozialausschuss ordnungsgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.06.2017

Die Sitzungsniederschrift vom 07.06.2017 wird einstimmig genehmigt.

4 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung

Herr Behle (Mitglied der Vertreterversammlung der Schwelmer & Sozialen Wohnungsbaugenossenschaft) stellt Fragen und Behauptungen in den Raum zum Thema Identität der Asylbewerber und deren Unterbringung in den Wohnungen der Schwelmer & Sozialen Wohnungsbaugenossenschaft. Er bittet um Auskünfte zu Mietkautionen, -zahlungen und Schadenregulierungen. Seitens der Verwaltung wurde dazu ausgeführt, dass die Identitätsprüfung nicht in die Zuständigkeit der Stadt Schwelm fällt. Die Städte sind gesetzlich dazu verpflichtet die zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen, ungeachtet ihrer Nationalität oder ihres Bildungsstandes. Hinsichtlich bestehender Verträge wird grundsätzlich keine Auskunft erteilt. Allgemein wird erläutert, dass bei den von der Stadt angemieteten Wohnungen die Kautionen/Genossenschaftsanteile durch die Stadt gezahlt werden und die Mietzahlungen abhängig vom Aufenthalts- und Erwerbsstatus durch das Jobcenter, die Stadt oder den Mieter erfolgen. Seitens der Politik wird Herr Behle schließlich aufgefordert, diese Fragen schriftlich einzureichen, dieses lehnt er jedoch vehement ab. Außerdem wird ihm empfohlen, sich mit diesen Fragen an die Genossenschaft und an das Ausländeramt beim EN-Kreis zu wenden.

5 **Mitteilungen**

Keine

6 **Jobcenter EN -Allgemeine Entwicklung - Mündlicher Bericht durch Herrn Dürwald (Anlage Eingliederungsbericht u. Zusammenfassung f. Schwelm)**

Herr Dürwald erläutert im Rahmen seines Berichtes die allgemeine Entwicklung am Arbeitsmarkt im Bereich SGB II und die veränderte Situation bei der Arbeitsvermittlung durch den Zustrom neuer Arbeitskräfte infolge steigender Zuwanderung aus dem Ausland, insbesondere von Geflüchteten.

Darüber hinaus berichtet er u.a. über die Problematik der Aufstocker, die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, sowie die Qualifizierung der Leistungsbezieher im SGB II-Bereich. Inhaltlich wird auf den Eingliederungsbericht für das Jahr 2016 sowie den Fallzahlen für Schwelm verwiesen, die der Einladung beigefügt waren.

Im Anschluss beantwortete er die Fragen der Ausschussmitglieder zum Thema Vermittlung von Asylbewerbern, Eingliederung von Alleinerziehenden und Behinderten in den Arbeitsmarkt und die Möglichkeiten bzw. Nutzung der Fördermaßnahmen (Integrationskurse, berufsbezogene Sprachförderung usw.).

7 **Aktuelle Entwicklung im Asylbereich**

124/2017

Herr Schweinsberg beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zu der Landeserstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW (FlüAG) sowie der geplanten gesetzlichen Änderung hinsichtlich der Unterbringung von Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsländern in Landeseinrichtungen. Abschließend betont er die gute Zusammenarbeit mit den Wohnungsanbietern, insbesondere mit den Genossenschaften, bezüglich der Unterbringung von Asylbewerbern.

Protokollnotiz:

Ergänzung der Aufstellung „Entwicklung der Flüchtlingszahlen“ für die Jahre 2013-2015.

Stichtag	Fälle	Personenzahl
31.12.2013	60	91 (davon 16 geduldete Flüchtlinge)
31.12.2014	80	146 (davon 26 geduldete Flüchtlinge)
31.12.2015	279	530 (davon 37 geduldete Flüchtlinge)

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage 124/2017 zur Kenntnis.

8 Bestellung von ehrenamtlichen Sozialpfleger/innen 151/2017

Beschlussvorschlag:

Folgende Personen werden zu Sozialpfleger/innen bestellt:

Frau Hella Beuter, August-Bendler Str. 15, im 2. Sozialbezirk,
Frau Susanne Sonnabend, Gartenstr. 11, im 7. Sozialbezirk,
Frau Christel Eggeling, Elsternstr. 56, 58285 Gevelsberg,
Herr Hartmut Eggeling, Elsternstr. 56, 58285 Gevelsberg,
Erika Kleine, Am Steinbruch 30,
Gerd Möller, Jahnstr. 5, und
Hans-Joachim Weitz, Königsberger Str. 44, im 9. Sozialbezirk.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

9 Beratung Etatentwurf 2018 152/2017

Eingangs der Etatberatung erläutert Herr Schweinsberg, dass es sich bei Sozialleistungen um Pflichtleistungen handelt; Sparpotenzial ist aus diesem Grund kaum gegeben. Insbesondere verweist er auf die nicht auskömmliche Finanzierung im Rahmen der Landeserstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW (FlüAG) für geduldete Flüchtlinge. Hier wird auch von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW eine ausreichende Kostenerstattung für geduldete Flüchtlinge und vollziehbar Ausreisepflichtige durch das Land gefordert. Seit Anfang 2017 wird eine landesweite Erhebung der tatsächlichen Kosten im Asylbereich für den Zeitraum 01.01.2017 bis 31.12.2017 durchgeführt. Jede Kommune in Nordrhein-Westfalen hat vierteljährlich die entstandenen Unterbringungskosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zu melden. Aufwendungen für z.B. KiTa-Plätze und Schulplätze finden bei dieser Ist-Kosten-Erhebung keine Berücksichtigung. Anschließend werden die Produktgruppen erläutert und die Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss der entsprechenden Haushaltsansätze 2018 gemäß der Vorberatung in der heutigen Sitzung.

10 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Frau Placke berichtet über die Seminare zum Thema „Körpersprache“ für die Mitarbeiter der Willkommensinitiative, die durch eine Stiftung finanziert wurden.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 7 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 04.12.2017	Die Schriftführerin gez. Engelbracht	Der Vorsitzende gez. Thier
-------------------------	--	----------------------------------